

Fragen und Antworten der Parteien zur Europawahl

Die Fragen und Antworten zur Europawahl wurden zuerst in den BioNachrichten veröffentlicht: www.bionachrichten.de

	Wie wollen Sie die Förderkulisse der GAP ab 2027 konkret gestalten?	Wie stehen Sie zur Deregulierung der Neuen Gentechnik?	Wie bewerten Sie eine mögliche Ratifizierung von Freihandelsabkommen wie dem Mercosur-Abkommen?
CDU	Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss eine starke ökonomische Säule haben, die den Landwirten erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen sowie ihnen Schutz auf volatilen Märkten bietet. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft werden und von unverhältnismäßigen Auflagen und Konditionierungen befreit werden.	Mittels neuer genomischer Techniken können Pflanzen gezüchtet werden, die mehr Ertrag bringen, weniger Pflanzenschutzmittel benötigen und klimastabiler sind. Die neuen Züchtungstechnologien verlangen nach einem neuen Rechtsrahmen. Sorten, die in gleicher Form auch durch konventionelle Züchtung entstehen könnten, sollen nicht länger unter die Regeln des Gentechnikrechts fallen. Transparenz und Rückverfolgbarkeit sollen aber gewährleistet sein.	Die EU braucht eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten reduziert. Wir wollen mehr Freihandelsabkommen, v.a. mit den USA und Südamerika, abschließen, ohne sie mit sachfremden Themen zu überfrachten. Die Interessen der deutschen und europäischen Landwirtschaft müssen berücksichtigt werden. Auch von Handelspartnern müssen verpflichtende Standards für Importe von Agrarprodukten eingehalten werden.
FW	Wir fordern den Erhalt und den Ausbau der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, um bereits bestehende Wettbewerbsnachteile gegenüber Importwaren mit niedrigeren Standards auszugleichen. Weiterhin müssen bereits erbrachte, umfangreiche Umweltsystemleistungen aus der zweiten Säule angemessen bezahlt werden. Bei Zahlungen aus der zweiten Säule fordern wir, die zahlreichen hochbürokratischen Maßnahmen durch wenige, fachlich sinnvolle Maßnahmen zu ersetzen, um tatsächlich messbare Verbesserungen für die Vielfalt der Landwirtschaft zu erreichen.	Wir sind dem Verbraucherschutz und Vorsorgeprinzip verpflichtet. Deshalb muss Gesetzgebung verantwortungsvoll auf Basis von Fakten und dem aktuellen Stand der Wissenschaft getroffen werden. Für die neuen Züchtungstechnologien ist es in dieser Hinsicht vor allem wichtig, dass zwischen mit artfremden Genomen veränderte (transgenen) Sorten unterschieden wird und solchen, die auch natürlich oder über den Weg konventioneller Züchtung (sogenannte „natur-identische Züchtungen“) hätten erreicht werden können.	Die hohen gemeinsamen agrarpolitischen Regeln der EU dürfen im Zuge der Mercosur-Ratifizierung nicht zu einer Schlechterstellung unserer Landwirte führen. Während bei uns die Anforderungen an die Lebensmittelerzeugung immer weiter steigen, sind Umweltschutz, Tierwohl und Sozialstandards im Abkommen nur unzureichend abgedeckt. Die geplanten Zusatzvereinbarungen müssen dringend überarbeitet werden. Ein wichtiger Baustein wird außerdem die Herkunftskennzeichnung sowohl bei Uerzeugnissen als auch bei den wesentlichen Bestandteilen verarbeiteter Produkte sein.
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Die EU-Agrarpolitik (GAP) muss unbürokratisch Leistungen für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft vergüten. Statt der flächenbezogenen Direktzahlung, die Fehlanreize setzt und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Struktur beiträgt, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit - und damit für das Gemeinwohl - entlohnen. Der biologische Landbau ist dabei das Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft mit dem Ziel von mindestens 30 Prozent Biolandbau bis 2030.	Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Es gilt, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützen.	Wir lehnen das EU-Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form ab und fordern Nachverhandlungen, um ein faires und ökologisches Abkommen zu erreichen. Wir werden es nur ratifizieren, wenn von beiden Seiten umsetzbare, überprüfbare und einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart werden. So stellen wir sicher, dass unsere Partnerschaft mit den Mercosur-Ländern intensiviert und gleichzeitig die Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden.
SPD	Der ökologische Landbau bedarf, als eine besonders nachhaltige Landwirtschaftsform, besonderer Unterstützung. Wir erwarten, dass die Strategischen Pläne der Mitgliedstaaten konkrete Antworten auf den zu erbringenden Anteil der Landwirtschaft zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens und der Ziele des Green Deals geben. Die soziale Konditionalität, welche die Einhaltung von Mindeststandards aus dem Arbeits- und Sozialrecht vorsieht, wurde durch die vergangene GAP-Reform erstmals eingeführt. Leider hat sie bisher nicht das Niveau, das auch bei anderen EU-Förderpolitiken eingehalten werden muss. Daher setzen wir uns dafür ein, dass weitere arbeits- und sozialrechtliche Standards in der Landwirtschaft verpflichtend eingehalten werden. Dabei werden keine neuen bürokratischen Hürden für die Landwirt:innen entstehen.	Die SPD sieht die Deregulierungsvorschläge der Neuen Gentechnik der Europäischen Kommission kritisch. Für die Neue Gentechnik fordern wir eine angemessene Regulierung, die Risikokontrolle, Verbraucherschutz und den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, insbesondere der Bio-Landwirtschaft wahrt. Dabei haben das Vorsorgeprinzip und damit einhergehend eine umfassende Risikoprüfung vor jeder potenziellen Zulassung für uns oberste Priorität. Denn auch bei neuen Gentechniken kann es zu unerwünschten Effekten kommen. Verbraucherinnen und Verbraucher, die keine genveränderten Pflanzen auf ihren Tellern haben wollen, brauchen Wahlfreiheit.	Für die SPD sind die Achtung der Arbeitnehmer*innenrechte und der Schutz der brasilianischen Wälder von größter Bedeutung. Das Abkommen enthält bereits ein Kapitel über nachhaltige Entwicklung, das die Einhaltung von Arbeits- und Umweltstandards gewährleistet. Wir wollen darüber hinaus, dass ein zusätzliches Protokoll zwischen der EU und dem Mercosur-Ländern vereinbart wird, das sich auf Arbeitsrechte und Entwaldung konzentriert. Die Mercosur-Länder müssen sich verpflichten, die Entwaldung zu reduzieren und die internationalen Arbeitsübereinkommen, die sie unterzeichnet haben, umzusetzen, um die Achtung der Arbeitnehmer*innen auch in den Mercosur-Ländern zu gewährleisten.

FDP	Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in der EU. Das muss sich in der nächsten Gemeinsamen Agrarpolitik widerspiegeln. Die Landwirte sorgen nicht nur für unsere Ernährungssicherheit, sondern sind zugleich Unternehmer. Wir wollen, dass Landwirte ihr Einkommen am freien Markt verdienen können, um sie langfristig unabhängig von Subventionen zu machen. Dafür muss die Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt rücken. Zugleich wollen wir Betriebe von Bürokratie entlasten, damit Landwirte sich wieder auf ihre Kernarbeit konzentrieren können.	Wir begrüßen die Entscheidung des EU-Parlaments für neue Züchtungstechniken. Damit konnte eine klare Abgrenzung zur klassischen Gentechnik geschaffen werden. Die neuen Züchtungstechniken ermöglichen resistenterer Pflanzen und einen geringeren Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Sie sind ein wichtiges Werkzeug, um mit zunehmenden Hitze- und Dürreperioden umzugehen und die wachsende Weltbevölkerung nachhaltig zu ernähren. Mit den beschlossenen hohen Standards kann diese Zukunftsinnovation die Landwirtschaft weiter stärken.	Wir fordern eine Weltfreihandelszone der Demokratien, basierend auf gemeinsamen Regeln der Welthandelsorganisation. Wir setzen uns weiterhin für einen Abschluss des Mercosur-Abkommens ein. Das Abkommen würde beidseitige Möglichkeiten für Wachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung schaffen und entscheidend zu Wohlstand und Energiesicherheit beitragen. Darüber hinaus enthält es weitgehende Kapitel zu Nachhaltigkeit wie der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens und der Aufforstung des Regenwalds.
ÖDP	Es gibt bei der GAP einen riesigen Reformbedarf. Derzeit werden die meisten EU-Subventionen einheitlich nach Hektar bewirtschafteter Fläche verteilt. Damit profitieren überwiegend Großbetriebe von den Zahlungen, kleinere bäuerliche Betriebe hingegen nicht. Wir als ÖDP - die Naturschutzpartei plädieren dafür, dass die Flächensubventionen umgewandelt werden in eine Subvention für Umweltleistungen. Höfe sollen für nachhaltige Bodenbewirtschaftung und für das Tierwohl entsprechend entlohnt werden.	Die ÖDP - die Naturschutzpartei lehnt eine Deregulierung der Neuen Gentechnik (NGT) ab. Damit könnten Pflanzen mit neuen, veränderten Eigenschaften ohne spezifische Risikobewertung und ohne Umweltfolgenabschätzung in großer Zahl in die Ökosysteme gelangen. Das Vorsorgeprinzip würde ausgehebelt. Das könnte deshalb sehr negative und weitreichende Folgen nicht nur für die Natur, sondern auch für den Biolandbau haben. Konzerninteressen standen bei der Entscheidung klar im Vordergrund.	Wir von der ÖDP - die Naturschutzpartei sind eindeutig gegen dieses Abkommen! Ein solcher Vertrag würde den Handel mit umwelt- und gesundheitsschädlichen Produkten fördern und die Abholzung des Regenwaldes begünstigen. Das Mercosur-Abkommen wäre ein großer Rückschritt beim Klima- und Naturschutz. Davon profitieren würden in erster Linie die europäische Auto- und Chemieindustrie sowie die südamerikanische Großlandwirtschaft. Das widerspricht dem, was die EU mit dem European Green Deal möchte.